1. Versorgungsuntersuchung und Infrastrukturanalyse zur Breitbanduntersuchung der Fa. Corwese vom 4. Dezember 2013

Die Versorgungsuntersuchung wurde im Zeitraum von Juli bis Oktober 2013 erstellt und ist diesem Sitzungsvortrag als Anlage beigefügt. Der Ersteller des Konzepts, Herr Roland Werb (Geschäftsführer der Fa. Corwese), ist am 12. Dezember 2013 bei der Sitzung anwesend und steht für weitere Fragen zur Verfügung.

Zusammengefasst hat die Stadt Germering einen sehr hohen Breitband-Versorgungsgrad. Hiervon ausgenommen ist das Gewerbegebiet „Germeringer Norden“, der Ortsteil Nebel sowie Teile der Industriestraße in Germering. Bei diesen Gebieten ist nur eine Grundversorgung von über 2 MBit/s aber unter 25 bzw. 50 Mbits im Download gegeben. Dem Grunde nach kommen diese Gebiete für das Förderverfahren deshalb in Betracht.

2. Weiteres Vorgehen im Rahmen der Richtlinie zur Förderung des Aufbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen in Gewerbe- und Kumulationsgebieten in Bayern (Breitbandrichtlinie – BbR); Förderung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Das o. g. Förderprogramm ist am 1. Dezember 2012 in Kraft getreten und wird mit Ablauf des 31. Dezember 2017 auslaufen. Das Programm zielt in erster Linie auf den gewerblichen Bereich; Mitnahmeeffekte auch für Mischgebiete und Wohngebiete sind aber ausdrücklich erlaubt und erwünscht. Ziel ist die Förderung von Hochgeschwindigkeitsnetzen: Es sollen in den von der Kommune definierten Erschließungsgebiet(en) zukünftig Übertragungsraten von mindestens 50 Mbit/s im Downstream und mindestens 2 Mbit/s im Upstream zur Verfügung stehen. Zumindest aber muss eine Übertragungsrate von mindestens 30 Mbit/s im Downstream für alle Anschlussinhaber im Erschließungsgebiet möglich sein. Der glaubhaft gemachte Bedarf an einer Übertragungsrate von mindestens 50 Mbit/s im Downstream und mindestens 2 Mbit/s im Upstream derjenigen Unternehmer, die diesen Bedarf im Rahmen der Bedarfsanalyse angemeldet haben, muss stets befriedigt werden.

Gefördert werden Aufwendungen der Kommune an private oder kommunale Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze im Sinn des § 3 Nr. 27 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) (Netzbetreiber) zur Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke bei diesen Betreibern für Investitionen in Breitbandinfrastrukturen. Gefördert wird der Ausgleich einer (prognostizierten) Wirtschaftlichkeitslücke von privaten oder kommunalen Telekommunikationsunternehmen bei Investitionen in leitungsgebundene oder funkbasierte Breitbandinfrastrukturen. Der Zuwendungsempfänger (= die Stadt) gleicht einem Netzbetreiber dessen Wirtschaftlichkeitslücke aus. An der Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke beteiligt sich der Freistaat Bayern, indem er je Kommune mit einem Satz von 40 bis 60 Prozent jedoch maximal 500.000 Euro mit staatlichen Zuschüssen fördert. Der Rest ist durch die Kommune zu tragen.

Mit dem unter 1. und in der Anlage dargestellten Beratungskonzepts sind bereits erste Schritte im Verfahren getan (Bestimmung des Erschließungsgebietes sowie die Feststellung der aktuellen Versorgung)

Sofern das Verfahren weiter betrieben werden soll, sind folgende weitere Schritte erforderlich:

Bedarfsanalyse

- Die Gemeinde ermittelt den tatsächlichen sowie den prognostizierten Bedarf an Breitbanddiensten mit Übertragungsraten von mindestens 50 Mbit/s im Downstream und mindestens 2 Mbit/s im Upstream. Hierzu befragt die Gemeinde die Unternehmer/Unternehmen im Erschließungsgebiet individuell durch Anschreiben, Postwurfsendungen etc. und zusätzlich über die Gemeindehomepage mit Äußerungsfrist von mindestens einem Monat. Alle Veröffentlichungen auf der Gemeindehomepage werden dem Bayerischen Breitbandzentrum zur Bekanntmachung auf dem zentralen Onlineportal www.schnelles-internet.bayern.de mitgeteilt. Die Unternehmer müssen ihren tatsächlichen und prognostizierten Bedarf glaubhaft angeben.
- Die Gemeinde veröffentlicht sodann das Ergebnis der Ist- und Bedarfsermittlung zusammen mit einer Karte auf der Gemeindehomepage. In dieser Karte müssen die Bereiche des Erschließungsgebietes gekennzeichnet werden, in denen aktuell mindestens 25 Mbit/s im Download angeboten werden. Ein geförderter Breitbandausbau ist nämlich nur in den Teilen des Erschließungsgebietes zulässig, in denen aktuell oder in den nächsten drei Jahren 25 Mbit/s im Download nicht angeboten werden (vgl. Ziffer 4.1.1 Abs. 2 BbR).

Markt erkunden

- Die Gemeinde veröffentlicht auf der Gemeindehomepage eine Anfrage zu den Ausbauplänen der Netzbetreiber. Mit ihr soll abgefragt werden, ob sich Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze ohne finanzielle Beteiligung Dritter in der Lage sehen, zu marktüblichen Bedingungen bedarfsgerechte Breitbanddienste im zu versorgenden Gebiet anzubieten. Die Gemeinde muss außerdem in den „schwarzen Flecken“* der Grundversorgung (vgl. Nr. 4.1.3 BbR) die Netzbetreiber im Erschließungsgebiet einzeln zu ihren Ausbauplänen und zu ihren Ausbauaktivitäten der letzten drei Jahre schriftlich befragen.

** Die Farbenbezeichnung ist Ausfluss der Rechtfertigung der Beihilfe nach Art. 87 Abs. 3 Buchst. c EG-Vertrag bei der Breitbandversorgung und bedeutet (vereinfachend):*

„schwarze Flecken“ → mindestens zwei Breitbandanbieter vorhanden

→ staatliches Handeln ist grundsätzlich nicht erforderlich

„graue Flecken“ → ein Breitbandanbieter ist tätig → eingehende Prüfung notwendig

„weiße Flecken“ → überhaupt keine Infrastruktur vorhanden bzw. in „naher Zukunft“

(3 Jahre) keine Entwicklung dahin zu erwarten

- Die Gemeinde veröffentlicht das Ergebnis der Markterkundung auf der Gemeindehomepage. Sofern die Netzbetreiber zusagen, in den nächsten drei Jahren mindestens 25 Mbit/s im Download im Erschließungsgebiet anzubieten, werden diese Bereiche in einer Karte dargestellt.
- Die Gemeinde ermittelt in den „grauen“ und „schwarzen Flecken“ der Grundversorgung (vgl. Nr. 4.1.2 und 4.1.3 BbR), ob die Deckung des tatsächlichen und prognostizierten Bedarfs nicht mit weniger wettbewerbsverzerrenden Mitteln (einschließlich einer Vorabregulierung) befriedigt werden kann. Zu der Frage der Vorabregulierung richtet die Gemeinde eine schriftliche Anfrage an die Bundesnetzagentur.
- Die Gemeinde weist in „schwarzen Flecken“ der Grundversorgung (vgl. Nr. 4.1.3 BbR) nach, dass die von den Betreibern getätigten Investitionen zur Modernisierung des Netzes nicht ausreichen, um die Nachfrage zu befriedigen und dass es hohe Marktzutrittsschranken für eine NGA-Versorgung gibt [NGA = Next Generation Access Network, (stark vereinfachend) Schlagwort für die derzeitige Umstellung der bestehenden Telekommunikationsnetze auf Internet-Protokoll-Technologie (IP)].
- Die Gemeinde veröffentlicht das Ergebnis der Ermittlung zu den weniger wettbewerbsverzerrenden Mitteln sowie eine Stellungnahme der Bundesnetzagentur auf ihrer Gemeindehomepage.

Netzbetreiber auswählen

- Die Gemeinde führt ein Auswahlverfahren durch. Die Bekanntmachung hierzu veröffentlicht die Gemeinde auf ihrer Gemeindehomepage.
- Anschließend veröffentlicht die Gemeinde die vorgesehene Auswahlentscheidung auf ihrer Gemeindehomepage.

Förderantrag stellen

- Die Gemeinde stellt spätestens mit der Veröffentlichung der Bekanntmachung im Rahmen des Auswahlverfahrens einen Förderantrag bei der Bezirksregierung.
- Die Gemeinde reicht die erforderlichen Unterlagen nach, unter anderem das Ergebnis des Auswahlverfahrens inklusive Wirtschaftlichkeitslücke.
- Die Gemeinde übermittelt der Bundesnetzagentur den Entwurf des Kooperationsvertrages mit dem ausgewählten Netzbetreiber. Die Bundesnetzagentur kann hierzu binnen fünf Wochen Stellung nehmen.

Die Bezirksregierung erlässt den Zuwendungsbescheid.

Neue Infrastruktur dokumentieren

- Direkt nach dem Erhalt des Zuwendungsbescheides stellt die Gemeinde die geplante Infrastruktur in einem Fördersteckbrief auf ihrer Gemeindehomepage dar.
- Die Gemeinde schließt einen Kooperationsvertrag mit dem ausgewählten Betreiber.
- Nach Abschluss der Maßnahme veröffentlicht die Gemeinde eine abschließende Projektbeschreibung auf ihrer Gemeindehomepage.

Staatliche Zuwendung erhalten

- Nach der Vorlage und Prüfung des Verwendungsnachweises zahlt die Bezirksregierung den staatlichen Zuschuss an die Gemeinde aus.

3. Beauftragung von Beratungsleistungen

Wie zuvor dargelegt, macht das Förderverfahren diverse Vorgaben, insbesondere zur exakten Einhaltung von Dokumentations- und Veröffentlichungspflichten. Die Verfahrensdauer wird mit ca. 2 Jahren angegeben. Die vollständige Verfahrensbegleitung kann nicht verwaltungsintern erbracht werden und muss, vorbehaltlich eines Beschlusses des Stadtrates, daher extern vergeben werden. Die Beratungsleistungen unterliegen keiner Ausschreibungspflicht.

Die dabei entstehenden Kosten wären vollständig durch die Stadt zu tragen; sie sind insbesondere nicht förderfähig durch das unter 2. dargestellte Förderprogramm.

Zweckmäßig ist, jenes Unternehmen für diese Beratungsleistungen zu beauftragen, welches bereits die Ist-Analyse erhoben hat. Die Firma Corwese bietet ihre Leistungen in einem Komplett-Paket zu einem festen Pauschalbetrag an, sodass nachträgliche Kostenmehrungen nicht zu erwarten sind. Nach Rücksprache mit der Fa. Corwese wird auch nur der tatsächliche Aufwand abgerechnet. Das bedeutet, dass, sollte das Verfahren an einem bestimmten Punkt abgebrochen werden müssen, nur alle bis dahin anfallenden Kosten mit der Stadt abgerechnet werden.

Die Leistungen der Firma Corwese umfassen:

- Festlegung Kumulationsgebiet in Abstimmung mit der Stadt aufgrund der Ergebnisse der Anbiertgespräche
- Unterstützung bei der Bedarfsabfrage (Abfrageformblatt, Text für Homepage)

- Durchführung der Anbieterabfrage nach 3-Jahres-Ausbauabsichten
- Endgültige Festsetzung schwarzer, weißer und grauer Flecken nach den Vorgaben der Bundesnetzagentur
- Abfrage bei der Bundesnetzagentur wegen Vorabregulierung
- Durchführung der Ausschreibung nach Bayerischem Förderprogramm
- Wertung der Angebote
- Gutachten mit Vergabeempfehlung
- Vorstellung des Ergebnisses in einer Stadtratssitzung und Präsentation der Vergabeempfehlung

Der Preis für die Betreuung im weiteren Verfahren beträgt pauschal 5.200 € netto / 6.188 € brutto. Die Deckung der Finanzierung im städtischen Haushalt ist durch Mittel der Wirtschaftsförderung vorgesehen.

Die Kosten des tatsächlichen Breitbandausbaus (gemäß Breitbandkonzept für alle Gebiete zusammen und nach Abzug der Fördergelder ca. 75.000 Euro) werden, bei positiver Beschlussfassung, im Haushalt, Bereich Tiefbau, berücksichtigt.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Optimierung der Breitbandversorgung für die Gebiete
 - „Germeringer Norden“ mit Ortsteil Nebel
 - Industriestraße, Germering
 das Förderverfahren gemäß Breitbandrichtlinie zu betreiben.

2. Für die in diesem Rahmen notwendigen Beratungsleistungen wird die Fa. Corwese beauftragt.

Karl Raster

genehmigt OB

TOP3oe, A1 - Breitbandkonzept 04.12.2013